

Für unsere Zukunft in Sachsen-Anhalt

CDU



PROGRAMM

**für die Landtagswahl
am 14. Oktober 1990**

**Beschluß
des 2. Landesparteitages am 18. August 1990**

LANDESV ERBAND SACHSEN-ANHALT
Lübecker Str. 8b Magdeburg 3018



h. Fischer

FvK.

M. DDR

gelegentl. R

S. 6 u. 8

Wahlprogramm der CDU für die Landtagswahl Sachsen-Anhalts am 14. Oktober 1990

An alle Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts!

Mit der ersten freien Wahl auf dem Gebiet der (noch existierenden) DDR am 18. März 1990 haben Sie mehrheitlich der CDU Ihr Vertrauen gegeben.

Wir haben im Rahmen der Regierungskoalition die notwendigen und möglichen Schritte zur baldigen Wiederherstellung der Einheit unseres deutschen Vaterlandes auf freiheitlich-demokratischer Grundlage sowie fußend auf den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft unternommen.

Sie haben am 6. Mai 1990 im künftigen Land Sachsen-Anhalt in vielen Städten und Gemeinden durch freie Wählerentscheidung wiederum mehrheitlich die CDU in den Kommunalparlamenten in die Verantwortung gerufen.

Mit der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ab 1. Juli 1990 wurden unsere Bürger auch wirtschaftspolitisch in die Familie der freien Völker Europas aufgenommen.

Nahezu zeitgleich ist es Bundeskanzler Helmut Kohl durch seine Verhandlungsführung gelungen, die Vorbehalte der Sowjetunion gegen die volle Wiederherstellung der Souveränität des künftigen Gesamtdeutschland in jeder Hinsicht zu überwinden.

Auch sind inzwischen durch die erfolgreichen Sachgespräche unseres Ministerpräsidenten Lothar de Maiziére die Rahmenbedingungen für die ersten gesamtdeutschen Parlamentswahlen rechtsstaatlich vereinbart.

Erfolgreich setzte sich unser Premierminister für die baldige Ratifizierung des Einigungsvertrages mit der Bundesrepublik als Grundlage für den Beitritt der DDR zur BRD ein.

Nunmehr kommt es am 14. Oktober 1990 darauf an, mit der Wahl der Landtage in der DDR die endgültigen Voraussetzungen auf dem Wege zur Einheit Deutschlands nach Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik zu schaffen.

Die Länderbildung entspricht dem bewährten föderalistischen Staatsaufbau des demokratischen Deutschland und mit der Wahl der Landtage wird zugleich das Unrecht des SED-Regimes von 1952 beseitigt, das mit der Bildung der Bezirke in der DDR die demokratischen Länderstrukturen für Jahrzehnte zerschlug.

Im Ergebnis der Landtagswahl am 14.10.1990 wird unser Land Sachsen-Anhalt zwischen Harz und Fläming, zwischen Goldener Aue und der Havel wiedererstehen.

Die CDU hat mit der Bildung ihres Landesverbandes Sachsen-Anhalt bereits im Februar 1990 dazu eine vorausschauende Entscheidung getroffen.

Wir stellen Ihnen nachfolgend das Wahlprogramm unserer Partei für die erste demokratische Landtagswahl von Sachsen-Anhalt nach 1946 vor und bitten um Ihr Vertrauen, so wie Sie dies mit beeindruckender Mehrheit der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands hier in Sachsen-Anhalt am 18. März und am 6. Mai diesen Jahres gegeben haben.

Grundsätze:

Eine CDU-geführte Landesregierung Sachsen-Anhalt wird

- auf der Grundlage einer demokratischen Landesverfassung ein hohes Maß an Selbständigkeit und Eigenverantwortung verwirklichen;
- Anliegen und Spezifik des Landes gegenüber einer gesamtdeutschen Regierung konsequent vertreten;
- für gerechten Ausgleich von Belastungen sorgen, benachteiligte Gebiete fördern und somit gleichen Wohlstand in allen Bundesländern einfordern;
- die Befugnis zu eigener Gesetzgebung insbesondere auf den Gebieten Wirtschaft, Arbeit und Soziales, Raumordnung und Landesplanung, Kultur und Bildung, Bau- und Wohnungspolitik, Medien, Gesundheitspolitik und Sport voll nutzen und damit ihre Spezifik und Unverwechselbarkeit zurückgewinnen und auch in Jahrzehnten Bewährtes bewahren helfen.

Bekenntnisse und politischer Auftrag

I. Unser Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Ordnung im Land Sachsen-Anhalt des künftigen Gesamtdeutschland

Die CDU bekennt sich in Sachsen-Anhalt zur föderativen Staats- und Rechtsordnung im freiheitlich-demokratischen Sinn des Grundgesetzes der Bundesrepublik und strebt deshalb eine baldige Einheit Deutschlands nach Artikel 23 des Grundgesetzes an.

Mit der Wiederherstellung der Länder in der DDR und der Übernahme politischer Verantwortung durch die CDU wird ein wesentlicher Schritt zu einer neuen freiheitlichen Staatsordnung in Gesamtdeutschland vollzogen. Das Prinzip des Föderalismus wird dazu beitragen, geistig-kulturelle Vielfalt sowie regionale historische Besonderheiten zu wahren und weiterzuentwickeln.

Der politischen Eigenverantwortlichkeit der Länder kommt außerdem als Element der innerstaatlichen Gewaltenteilung in Abkehr von den zentralistischen Machtstrukturen des früheren SED-Regimes besondere Bedeutung zu.

Angesichts dieser Verantwortung formuliert die CDU für das Land Sachsen-Anhalt nachfolgendes politisches Hauptziel:

Wichtigster Schritt auf dem Wege in eine freiheitliche Demokratie ist die Ausarbeitung einer

Verfassung für das Land Sachsen-Anhalt.

- Mit dieser Verfassung soll unser Land ein klares Bekenntnis ablegen zu seiner Zukunft als Gliedstaat in einem demokratischen Deutschland. Wir werden in unserer Landesverfassung die Unverletzlichkeit der Menschenrechte garantieren, die wirtschaftlichen und sozialen Rechte unserer Bürger wahren und die Unabhängigkeit der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sichern.

- Unter besonderem rechtsstaatlichen Schutz unserer Verfassung werden Familien, Kinder, Erziehung, Schule und Hochschule gestellt.
- Sachsen-Anhalt soll ein demokratisches und parlamentarisches Bundesland Deutschlands werden, dessen legislative Gewalt bei einem vom Volk zu wählenden Landtag liegen wird. Dieses Landesparlament wird die Rechtsgrundlagen für alle unser Land Sachsen-Anhalt obliegenden Aufgaben schaffen.
- Wir wollen in Sachsen-Anhalt als christliche Demokraten bewährte Traditionen, heimatverbundenes-konservatives Denken und Handeln in Verantwortung vor dem Schöpfer und den Menschen unseres Landes wieder ihren gebührenden Platz in der Gesellschaft einräumen helfen.
Christliches Gedankengut soll mit seinen unerschöpflichen geistigen und praktischen Potenzen der Arbeit für den Nächsten und für die Gemeinschaft wieder zum tragenden Element zwischenmenschlicher Beziehungen werden.
- Die CDU Sachsen-Anhalt will eine starke Landesregierung auf der Grundlage demokratischer Wählerentscheidung im Ergebnis der Wahlen vom 14. Oktober 1990 bilden.
- Die CDU Sachsen-Anhalt ist für eine gleichberechtigte Behandlung der Interessen aller Bürger zwischen Harz und dem Fläming, zwischen Goldener Aue und Havel unter besonderer Berücksichtigung solcher traditioneller geistiger und wirtschaftlich-territorialer Belange wie des Gebietes von Anhalt, der Altmark und der Magdeburger Börde, des Harzes, des Halle-Merseburg-Bitterfelder Raumes oder des Mansfelder Landes und des Unstrut-Kyffhäuser-Gebietes.
- Die CDU Sachsen-Anhalt stellt sich verantwortungsbewußt der besonders in unserem künftigen Bundesland diffizilen Frage der Landeshauptstadt und meint, daß darüber nur in einem demokratisch legitimierten Gremium oder durch Volksentscheid befunden werden kann.
- Die CDU Sachsen-Anhalt tritt für eine Verwaltungsstruktur im künftigen Bundesland ein, die sowohl geschichtliche Traditionen als auch praktikable Zukunftslösungen angemessen berücksichtigt. Deshalb werden in Sachsen-Anhalt 3 Regierungsbezirke in Magdeburg, Halle und Dessau gebildet.

CDU - die Partei für Rechtsstaatlichkeit, demokratische Innenpolitik und freie Medien

Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit als oberstes Prinzip

- Die CDU Sachsen-Anhalt tritt konsequent für die umfassende Durchsetzung und Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit für alle Bürger unseres Landes ein und wird deshalb in der Regierungsverantwortung um die unverzügliche Schaffung der dazu notwendigen demokratischen Voraussetzungen ringen. Unser Hauptziel ist die Wiedererrichtung einer unabhängigen Justiz, einer freiheitlich-demokratischen Rechtsprechung und die Entwicklung eines neuen demokratischen Geistes in der Landesregierung sowie allen ihren nachgeordneten Einrichtungen.

- Die CDU Sachsen-Anhalt tritt für eine **unabhängige Verwaltungs- und Arbeitsgerichtsbarkeit** ebenso ein wie für konsequente Regelungen auf dem Gebiet des Wirtschafts- und Umweltrechts. Wir wollen dazu den Erfahrungs- und Beamtenaustausch mit Ländern der Bundesrepublik pflegen und sind nach angemessener Übergangszeit für den Beamtenstatus für alle bewährten Mitstreiter in den neu zu schaffenden Institutionen.

Für eine demokratische Innenpolitik zum Schutz aller Bürger

- Die CDU Sachsen-Anhalt tritt ein für die baldige Verabschiedung eines **Landespolizeigesetzes**. Die Rechte und Freiheiten seiner Bürger vor kriminellen Übergriffen zu **schützen**, ist eine der wichtigsten innenpolitischen Aufgaben eines freiheitlichen Staates. Dies kann nur auf einer gesetzlichen Grundlage in legitimer Form geschehen.
- Nach den Erfahrungen der Vergangenheit wollen wir das **Vertrauen** unserer Bürger dadurch **gewinnen**, daß sie sich sicher fühlen können vor ungesetzlichen Eingriffen in ihre Privatsphäre durch die Sicherheitsorgane. Das Polizeigesetz des Landes Sachsen-Anhalt wird deshalb den Umfang polizeilicher Tätigkeit auf den Bereich der **Gefahrenabwehr** begrenzen. Dazu gehört insbesondere die Bekämpfung aller Arten von Kriminalität und der Straftataufklärung.
- Zur Motivation wollen wir unseren Polizisten **gute Aufstiegschancen ermöglichen** und dazu besonders junge Menschen, die in der Vergangenheit aus Gewissens- oder weltanschaulichen Gründen keinen Dienst zum Schutz der Bürger ausüben konnten, für diese wichtige innenpolitische Aufgabe gewinnen.

Eine freie Medienpolitik / unabhängige Information

- Eine weitere wichtige Kompetenz der Landesregierung Sachsen-Anhalt betrifft entsprechend der föderalistischen Rechtsstruktur, wie sie das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vorsieht, auch die Verantwortung für die gesetzlichen Grundlagen von **Rundfunk und Fernsehen**. Die Schaffung eines **Landesrundfunkgesetzes** ist deshalb unerläßlich, Grundprinzipien einer freiheitlichen, demokratischen Staatsform sind Pluralismus und Wettbewerb; dies muß auch für die Medienlandschaft gelten.
- Wir bekennen uns deshalb zu einem **dualen Rundfunksystem**, in dem öffentlich-rechtliche und private Anbieter nebeneinander tätig werden können. Die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt soll nach dem Modell der Anstalten der ARD insbesondere bezogen auf die Berufung eines Rundfunk- und eines Verwaltungsrates als Organe der Selbstverwaltung des Senders erfolgen.
- Die CDU bekennt sich zum **Landessender "Radio Sachsen-Anhalt"** mit seinen Rundfunk- und Fernsehstudios in Halle und Magdeburg und wird sie in der Regierungsverantwortung tatkräftig fördern.

CDU - die Partei mit politischer und wirtschaftlicher Kompetenz in ökologischer Verantwortung

II. Unser Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft in allen wirtschaftspolitischen Bereichen Sachsen-Anhalts unter besonderer Berücksichtigung seiner ökologischen Erblast in Industrie und Landwirtschaft

Wir sind für die umfassende Förderung und Entwicklung der Eigenverantwortung sowohl jedes Bürgers als auch der Kommunen auf wirtschaftspolitischem Gebiet und treten konsequent gegen dirigistische Methoden in der Volkswirtschaft auf.

Eigenverantwortung muß aber durch ein modernes Netz sozialer flankierungen gewährleisten, daß jedem Bürger Sachsen-Anhalts ein menschenwürdiges Dasein garantiert wird.

Unser Land Sachsen-Anhalt hat alle Voraussetzungen, sich auf seine reichen Traditionen in Industrie, Landwirtschaft sowie Handel und Gewerbe stützend, zu einem blühenden Wirtschaftszentrum in der Mitte Deutschlands zu entwickeln.

Die CDU will allen Bürgern helfen, mit Vertrauen und Eigeninitiative die vielfältigen Möglichkeiten der sozialen Marktwirtschaft sinnvoll zu nutzen. Dabei kommt der umfassenden Förderung des Mittelstandes, vor allem auch in der Industrie eine ganz spezifische Bedeutung zu.

Für eine moderne, leistungsfähige und umweltfreundliche Industrie und Landwirtschaft

- Die CDU Sachsen-Anhalt ist sich ihrer **sozialpolitischen und ökologischen Verantwortung** angesichts solcher Erblastprobleme voll und ganz bewußt, wie
 - . der notwendigen Sanierung des Halle-Merseburg-Bitterfelder Raumes,
 - . der ökologischen Belastungsgrenzen des Harzes als Touristenziel,
 - . der vertretbaren Risiken bei der Inbetriebnahme des KKW Stendal sowie bei der Nutzung des Endlagers Morsleben,
 - . der EG-gerechten Zukunftsorientierung für die Landwirtschaft in Börde, Altmark, Goldener Aue oder den ostelbischen Kreisen Sachsen-Anhalts,
 - . der soliden marktwirtschaftlichen Perspektive solcher traditionellen Arbeiterzentren wie Magdeburg, Halle-Leuna-Buna, Wolfen-Bitterfeld oder Hettstedt-Eisleben-Sangerhausen

und strebt in jeden dieser Problemfälle Lösungswege an, die für Menschen, Natur und Sozialpartner gleichermaßen verantwortbar sind.

- Die CDU Sachsen-Anhalt engagiert sich für die **Entwicklung eines blühenden Handwerks, gewerblicher Unternehmen**, einschließlich **Tourismus** in den landschaftlichen Blickpunkten Harz, Magdeburg, Wittenberg, Dessau-Wörlitz, Halle-Mansfeld, Stendal-Tangermünde, Altmarkische Schweiz, Kyffhäuser-Unstruttal u.v.a.

Soziale Marktwirtschaft als ständiger Prozeß

Alle erforderlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Sachsen-Anhalt im Prozeß der Gestaltung der sozialen Marktwirtschaft erfordern zugleich flankierende Sicherungen durch eine humane Arbeits- und Sozialpolitik.

Die CDU wird diese in Wahrnehmung ihrer ethisch-moralischen Verantwortung wie folgt realisieren.

- Durch eine **weitblickende Strukturpolitik**, die die Schaffung eines Ministeriums für Raumordnung und Landesplanung bei der künftigen Landesregierung Sachsen-Anhalt einschließt, werden prinzipielle Voraussetzungen für eine effiziente Wirtschaftsstruktur unseres Landes geschaffen, wie
 - . vorausschauende **Arbeitsförderungs politik** mit Programmen der beruflichen Umschulung entsprechend dem künftigen Bedarf auf der Grundlage der durch die Regierung de Maiziére bereits geschaffenen gesetzlichen Rahmenbedingungen,
 - . Abfederung notwendiger Strukturänderungen in Industrie, Bergbau und Landwirtschaft durch territorial schwerpunktmäßige Entwicklung und **Förderung mittelständischer Unternehmen** sowie des Dienstleistungsbereichs wie durch Initiativen der CDU bereits im Industriestandort Bitterfeld-West begonnen,
 - . komplexe Maßnahmen zur **großflächigen Städtesanierung**, zum Verkehrswegebau sowie zur Ansiedlung von Kleinindustrie in ländlichen Gebieten,
 - . **Nutzung traditioneller Erfahrungen** der vorhandenen Arbeitnehmer z. B. im Maschinen- und Fahrzeugbau sowie in der Leichtindustrie bei notwendigen Strukturentscheidungen,
 - . Orientierung und Lenkung freiwerdender Arbeitskräfte zum Aufbau einer **stabilen Infrastruktur** in allen Gebieten Sachsen-Anhalts.

CDU - die Partei für Arbeit und Würde des Menschen

Jeder Mensch verfügt über eine unveräußerliche Würde, die ihn unabhängig von seiner Zugehörigkeit zu Rassen oder Nationen und seiner Teilhabe an menschlicher Arbeit und menschlichen Errungenschaften auszeichnet. Dies ist Maßstab unserer Politik.

Arbeit sichern und gerecht verteilen

- Menschliche Arbeit und Würde des Menschen sind untrennbar miteinander verbunden. Deshalb ist es das Ziel unserer Politik, das **Freiheitsrecht auf Arbeit** zu sichern und die im Ergebnis notwendiger Strukturänderungen eintretende zeitweilige Arbeitslosigkeit konsequent zu bekämpfen. Völlbeschäftigung bleibt das Ziel der CDU ebenso wie eine gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeit.
- Die **Berufsausbildung** muß deshalb
 - . ein hohes Niveau der Ausbildung entsprechend den internationalen Anforderungen gewährleisten,
 - . eine qualifizierte Ausbildung gemäß den Fähigkeiten und Neigungen der Jugendlichen unterstützen,
 - . berufliche Disponibilität fördern,
 - . soziales Verhalten entwickeln und fördern,
 - . weiterführende Ausbildung bzw. Umschulungen ermöglichen.
- Umschulungen und berufliche Fortbildungen müssen zu anerkannten **beruflichen Abschlüssen** führen. Durch besondere Maßnahmen werden die Ausbildung und der berufliche Einsatz von Behinderten unterstützt.
- Das neue **Schwerbehindertengesetz** ist durchzusetzen, um die berufliche Ausgrenzung behinderter Bürger zu vermeiden.

- Wir treten ein für die Entwicklung spezifisch profilierter Fachhochschulen.
- Wir setzen uns im Land Sachsen-Anhalt für die weitestgehende Anerkennung der bisher in der DDR erworbenen und noch gültigen Fach- und Hochschulabschlüsse ein und messen der eigenverantwortlichen Fort- und Weiterbildung eine besondere Bedeutung bei.
- Zugleich tritt die CDU ein für die Gleichstellung von Mann und Frau und deren konsequente Durchsetzung in allen Lebensbereichen. Deswegen werden wir beim Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt ein Amt für Gleichstellungsfragen schaffen.

CDU - die Partei für soziale Sicherheit

Ein menschenwürdiges Leben ist nur möglich in freier Selbstbestimmung. Darum ist die CDU in Sachsen-Anhalt für eine Sozialpolitik, die Menschen nicht zu Almosenempfängern macht.

- Sozialleistungen des Staates sind **keine Gnadenakte**, sondern eine Verpflichtung den Menschen gegenüber. Aufgabe christlich-demokratischer Sozialpolitik ist es auch, ehrenamtliche Hilfen und Hilfen durch freie Träger anzuregen und zu unterstützen.
- Für **ältere und behinderte Bürger** muß ein Leben in sozialer Geborgenheit und Selbstbestimmung möglich sein. Dieser Personenkreis darf **nicht ins soziale Abseits** gestellt werden. Dazu bedarf es vor allem:

- . alters- und behindertengerechter Wohnungen im bisherigen Wohnbereich,
- . einer ambulanten Betreuung in Trägervielfalt,
- . finanzieller Unterstützung für häusliche Pflege alter bzw. behinderter Menschen,
- . Beratungsstellen für Senioren und Bürger, die sich der Seniorenbetreuung widmen wollen.

CDU - die Partei für eine leistungsfähige Industrie

Sachsen-Anhalt bietet gute Voraussetzungen für die Entwicklung von Industrie, Mittelstand und Landwirtschaft, die mit der Verbesserung der Infrastruktur und bei arbeitsteiliger Einbindung in den europäischen Binnenmarkt einen hohen Wohlstand für alle ermöglichen.

Investitionspolitik und Umstrukturierung

- Wir als CDU treten dafür ein, unsere infrastrukturellen und geografischen Vorteile mit einer Investitionsförderungs politik zu verbinden, die zu einer Ansiedlung von neuen Industrien führt.
- Unser Land muß schwerwiegende Probleme der Umstrukturierung lösen. Davon werden tausende von Menschen betroffen. Wir setzen uns dafür ein, daß notwendige Anpassungsmaßnahmen schrittweise und abgestimmt mit der **Neuschaffung von Arbeitsplätzen** in ökologisch verträglichen Produktionsstätten an diesen Standorten realisiert werden.

Betriebe und Arbeitsämter tragen eine hohe Verantwortung für eine rechtzeitige und zukunftssichere **Umschulung** der frei werdenden Arbeitskräfte z. B. in Berufe der Umweltsanierung und des Umweltschutzes.

- Neben dem Erhalt und der Wandlung leistungsfähiger bestehender Industrien wie dem Schwermaschinenbau in Magdeburg, Dessauer Raum sowie dem Nordharz und bedeutender Chemiebetriebe des Hallenser Raumes wollen wir auch den Bereich der **Hochtechnologien** ansiedeln. Die Hochschulen des Landes bieten eine gute Grundlage, Forschung und Industrie zu leistungsfähigen Partnern zusammenzuführen.
- Zum umfassenden Aus- und Umbau der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt bedarf es einer raschen Erweiterung und Modernisierung der **Informations- und Verkehrsstruktur**. Die flächendeckende Einführung moderner Telekommunikationsarten ist dringend erforderlich.
- Sachsen-Anhalt hat durch seine zentrale Lage nicht nur als Industriestandort Bedeutung, sondern auch als Verkehrsknoten. Wir wollen eine **Nord-Süd-Autobahn** zur Verbindung von Halle und Magdeburg und deren Fortführung nach Mecklenburg sowie eine Überprüfung zum Weiterbau des **Saale-Elster-Kanals** und des Mittellandkanals über die Elbe.
- Die bestehenden Betriebe bedürfen dringend einer umfassenden Modernisierung, die eine hohe **Konkurrenz- und Exportfähigkeit** garantiert. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen fordern wir in den Großbetrieben die Ausgabe von Betriebsanteilen in Form von Aktien. Diese Gewinnbeteiligung der Mitarbeiter kann zur Motivierung aller Beteiligten beitragen. Die CDU ist für die rasche **Privatisierung** der durch die Treuhandanstalt verwalteten VEB-Anteile, damit kurzfristig effiziente Eigentums- und Leitungsstrukturen in der Volkswirtschaft von Sachsen-Anhalt Platz greifen.
- Wir wollen gewährleisten, daß in der Wirtschaft ein gesundes **Gleichgewicht** von kleinen, mittleren und großen Unternehmen entstehen und bestehen kann.
- Ein besonderes Feld der kleineren und mittleren Unternehmen ist das **Dienstleistungsgewerbe**, welches bei uns stark entwicklungsbedürftig ist. Dies fördert nachhaltig die kommunale Struktur, entlastet die Arbeitnehmer und dient der effektiven Gestaltung ihrer Freizeit.

Mitbestimmung auf breiter Basis

- Die CDU tritt für eine Personalpolitik ein, die einerseits die persönliche Leistung als alleinigen Faktor für ein Vorankommen anerkennt, aber andererseits sozial zu jenen ist, die in ihrer Leistungsfähigkeit eingeschränkt sind. Dabei sollen die fähigsten Persönlichkeiten für leitende Aufgaben gewonnen werden. Auch die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen, Möglichkeit von Heimarbeit und Bereitstellung geschützter Arbeitsplätze ist dringend notwendig.

2/2 Die CDU setzt sich für eine Mitbestimmung durch Betriebsräte und in Aufsichtsräten ein, die sichern, daß Werkstätige nicht durch Unternehmerwillkür gefährdet werden.

- Wir treten ein für starke Gewerkschaften und Unternehmerverbände, die die Tarifautonomie wahrzunehmen haben.

Stadtsanierung und Städtebau

- Breiten Raum für neue Betriebe bietet die Stadtsanierung und der Städtebau. Durch den großen **Nachholebedarf** auf dem Gebiet des Bauwesens in Sachsen-Anhalt wird hier ein lebhafter Aufschwung einsetzen, der Arbeitskräfte benötigt.
- Bei alledem muß die soziale Sicherung des **Wohnraumes** für alle Menschen gewährleistet sein.
Wir wollen den Menschen ein Zuhause geben. Genügend Wohnraum zu bezahlbaren Preisen und die Förderung des **Eigenheimbaus** sind Ziele einer CDU-geführten Landesregierung.
- In Zusammenarbeit mit den Kommunen werden wir darauf hinwirken, daß ausreichend **Bauland** ausgewiesen und die notwendigen Erschließungsmaßnahmen an Grundstücken für den Wohnungsbau zügig vorangebracht werden. Wir brauchen mehr guten und ausreichenden Wohnraum auch für Familien mit Kindern und geringerem Einkommen, für Alleinerziehende und Senioren.
- Alle Betriebe des kommunalen Bereiches sind in **kommunales Eigentum** oder in die private Hand zu überführen. Durch kommunales Eigentum entstehen Unternehmungen, deren Anbindung an die Stadt ortsnahe stabile Arbeitsplätze schafft, die eine gesicherte Auftragslage haben.

Entwicklung der Infrastruktur

- In großen und mittleren Städten sind **Gewerbegebiete** durch Neuansiedlung und die Verlagerung von Betrieben aus dem innerstädtischen Bereich zu schaffen.
- Im ländlichen Raum ist zu sichern, daß die Dorfstruktur nicht zerstört wird. Durch die Kommunen sind die notwendigen Anreize zur Ansiedlung der mittelständischen Industrie zu schaffen. Eine angepaßte Steuerpolitik, die wiederum die Kommune mit finanziellen Mitteln versorgt, ist dazu notwendig.
- Um die weitere Entwicklung der Landgebiete zu fördern, will die CDU auch eine **verarbeitende Industrie** auf dem Lande, die über eine hohe Veredelung die Absetzbarkeit landwirtschaftlicher Produkte sichern hilft.

CDU - die Partei zur Förderung des Mittelstandes

Die CDU Sachsen-Anhalt tritt dafür ein, daß es zu einer breiten Modernisierungs- und Gründungswelle kleinerer und mittlerer Unternehmen kommt.

Deshalb sind ab sofort alle bürokratischen Hindernisse und Genehmigungsverfahren zu beseitigen.

Mittelständische Unternehmen benötigen den Freiraum für eine selbständige wirtschaftliche Tätigkeit, Hilfe bei der Aus- und Weiterbildung, stabile und faire Wettbewerbsbedingungen, eine qualifizierte Steuer- und Betriebsberatung und vor allen Dingen zinsbegünstigte Kredite zur Existenzgründung.

Wir werden Bedingungen schaffen, die sichern, daß die mittelständische Wirtschaft ihre Leistungsfähigkeit so schnell wie möglich an internationale Standards anschließen kann.

Wir werden auch besonders den in der DDR unterentwickelten industriellen Mittelstand und die freien Berufe fördern.

Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes

- Wir wollen durch geeignete **staatliche Maßnahmen** die wirtschaftliche Situation von Handel, Handwerk und Gewerbe sowie der kleinen und mittleren Industrie so gestalten, daß Startungleichheit beseitigt und die Wettbewerbsfähigkeit angehoben wird.

Dazu müssen folgende Maßnahmen dienen:

- . schnellstmögliche Regelung aller noch ungeklärter Eigentumsfragen,
 - . Schaffung der Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit unter Beachtung des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen,
 - . Schaffung einer leistungsfördernden Steuergesetzgebung, Steuervergünstigungen zur Schaffung von Startbedingungen in die Marktwirtschaft,
 - . Förderung der Modernisierung und Rationalisierung besonders auch der handwerklichen Betriebe,
 - . Finanzierungshilfen durch verbesserte Kreditversorgung, insbesondere zur Erweiterung und Modernisierung von bestehenden Betrieben, bei Betriebsneugründungen (einschließlich der Förderung von Kreditgarantiegemeinschaften),
 - . Ausbau der Unternehmensberatungen,
 - . bevorzugte Bereitstellung von Gewerberaum und -fläche für örtlich ansässige Betriebe.
- Die CDU tritt für den Aufbau **kommunaler Wirtschaftsförderungsmaßnahmen** ein.
Dabei widmet sie dem Aufbau einer mittelständischen Wirtschaft ein besonderes Augenmerk. Deshalb gründete die CDU eine **Mittelstandsvereinigung**, die diese Ziele in die Politik unserer Partei einbringt. Sie schafft damit die politischen Rahmenbedingungen für die schnelle Entwicklung des Mittelstandes in unserem Land.

CDU - die Partei für eine leistungsstarke, umweltbewußte Landwirtschaft

Erklärtes Ziel einer von der CDU geführten Landesregierung ist die Schaffung einer leistungsfähigen, vielfältig strukturierten und ökologisch orientierten Land- und Forstwirtschaft.

Die bäuerlichen Traditionen bilden ein wertvolles Gut unserer deutschen Kultur. Wir setzen uns für seine Bewahrung, Pflege und Förderung ebenso ein wie dafür, die Landwirtschaftsbetriebe - gleich welcher Eigentumsform - wieder stärker mit den Dörfern zu verbinden.

In der landwirtschaftlichen Berufs- und Weiterbildung setzen wir uns in allen Ausbildungsstufen für die Vermittlung umfassenden und soliden Wissens über die gesamte Landwirtschaft ein. Für besonders wichtig erachten wir dabei die Vermittlung von Kenntnissen über die Anforderungen auf dem EG-Agrarmarkt sowie zur Führung bäuerlicher Familienbetriebe ebenso wie zur Nutzung der Möglichkeiten genossenschaftlicher Zusammenarbeit auf freiwilliger Grundlage.

Die CDU setzt sich dafür ein, daß insbesondere unsere Landjugend wieder in den Dörfern ihre gute Perspektive finden kann.

Um eine funktionsfähige Landwirtschaft aufbauen zu können, ist gleichzeitig der Aufbau der Landwirtschaftskammer notwendig.

Ein unabhängiger und überparteilicher Landvolkverband vertritt die Interessen der Bäuerinnen und Bauern sowie aller in der Landwirtschaft Beschäftigten.

Ein eigenständiges und leistungsfähiges Veterinärwesen ist zur Gewährleistung der Tiergesundheit und einer hohen Qualität der Erzeugnisse erforderlich. Das schließt das gleichberechtigte Nebeneinander von Tierarztpraxen unterschiedlicher Eigentumsformen ein.

Klare Eigentumsverhältnisse auf rechtsstaatlicher Grundlage

- Soziale Marktwirtschaft, Demokratie und freiheitlicher Rechtsstaat sind nicht zu trennen vom privaten Eigentum und der **freien Verfügbarkeit** an Grund und Boden sowie Inventar, das auch für die Landwirtschaft gewährleistet sein muß.
- Wir fordern ein **neues Bodenrecht**, um das Eigentum an Boden sowie die Verfügungsrechte darüber zu gewährleisten und damit die Aufhebung der stalinistischen Zwangsmaßnahmen in der Landwirtschaft. Dieses Bodenrecht soll dem Gemeinwohl Rechnung tragen und der Spekulation vorbeugen.
- Für die **Wettbewerbsfähigkeit** unserer Landwirtschaft in der EG sind Rahmenbedingungen durchzusetzen, die den Übergang von der imperativen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft sichern. Ziel dieser Maßnahmen muß die freie Preisbildung nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage auch auf den Agrarmärkten sein, wobei die Existenzfähigkeit aller effizient arbeitenden bäuerlichen Betriebe gewährleistet sein muß.

Dazu gegebenenfalls erforderliche **Schutzmaßnahmen** müssen Anreize für den Aufbau und Ausbau leistungs- und lebensfähiger landwirtschaftlicher Betriebe bieten. Solche zeitlich zu befristende Schutzmaßnahmen sollen notwendigen Strukturwandel sozial abfedern, dürfen ihn aber nicht behindern.

Wir befürworten:

- . die Förderung einer Landwirtschaft mit hohem Qualitätsniveau,
 - . den Anschluß an den technischen Fortschritt, insbesondere im Hinblick auf einen schonenden Umgang mit der Natur,
 - . die schrittweise Einführung der Umweltnormen der EG in unsere Landwirtschaft; dabei geben wir marktmäßigen Anreizsystemen den Vorzug vor dirigistischen Eingriffen des Staates.
- **Gemeinschaftliche Bewirtschaftungen** von landwirtschaftlichen Betrieben müssen auf freiwilliger Basis erfolgen. Die Anteile am Ertrag sind auch maßgeblich anhand des eingebrachten Eigentums festzulegen.

Die CDU begrüßt die Entscheidung von Landwirtschaftsbetrieben, Pflanzenbau und Viehwirtschaft zu vereinen und dabei stärker dörfliche Strukturen zu berücksichtigen.

Zum Zwecke der Versorgung der Landwirtschaft und des Vertriebs von landwirtschaftlichen Produkten sind Einkaufs-, Liefer- und Vertriebsgenossenschaften zu fördern.

Das schließt die Bildung von Maschinenringen ein.

Die durch die Regierung de Maizière bereits geschaffenen Grundlagen für die Gründung und Bewirtschaftung bäuerlicher Familienbetriebe (einschließlich Gartenbaubetriebe usw.) sind kurzfristig durchzusetzen.

Für gesunde Wälder - Wald ist Heimat

- Auch dem Wald gilt unsere besondere **Aufmerksamkeit** und **Fürsorge**. Die neuen Grundsätze zur Bewirtschaftung des Waldes haben sicherzustellen, daß der **Anteil der Wälder** an der Nutzfläche unseres Landes **erhalten** bleibt und im Rahmen von Strukturmaßnahmen **erweitert** wird.
- **Landeskulturelle und ökologische Leistungen** müssen Leitprinzip für alle Nutzungs- und Gestaltungsmaßnahmen sein. Waldsanierung, -erneuerung und -pflege sind gleichrangig abzusichern.
- Weil **Wald und Wild** zusammengehören, sollte die derzeitige Trennung aufgehoben und eine einheitliche Bewirtschaftung wieder hergestellt werden. Eine ökologiegerechte Nutzung des Waldes erfordert ein **Waldgesetz**, das die zukunftsorientierten Anforderungen an Wälder aller Eigentumsformen festlegt und die Funktion der Waldbestände gewährleistet. Wir setzen uns dafür ein, daß der Wald auch wieder privat oder gemeinschaftlich bewirtschaftet werden kann.

CDU - die Partei für eine gesunde Umwelt

In Verantwortung für die Schöpfung will die CDU einen Schutz von Tier und Pflanze, Boden, Wasser, Luft und Klima umfassende Umweltpolitik im Dienst des Menschen und nachkommender Generationen. Sie ist ausgerichtet auf den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und auf die Erhaltung und rationelle Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen für Wirtschaft, Siedlung und Erholung.

40jährige sozialistische Planwirtschaft hat sich als unfähig zu effektivem Umweltschutz erwiesen.

Rücksichtsloser Umgang mit der natürlichen Umwelt durch Industrie, Bergbau und industriemäßiger Landwirtschaft haben überall im Lande zu ökologischen Krisensituationen geführt.

Die Wohnumwelt der Menschen in den großen Städten mit ihren eintönigen Neubaugebieten und baulich vernachlässigten Altstadtkernen sowie in den Industriesiedlungen ist ungesund geworden.

Attraktive Erholungsgebiete wurden stark beeinträchtigt und entwertet.

Soziale und ökologische Marktwirtschaft

- Umweltprobleme lassen sich nur auf der Grundlage eines entschiedenen wissenschaftlichen und technischen Fortschritts auf der Basis einer **gesunden Wirtschaft** lösen.

Dazu wollen wir als CDU in Sachsen-Anhalt die Erfahrungen der Länder der Bundesrepublik künftig voll nutzen.

- Eine leistungsstarke Marktwirtschaft und ihre hochentwickelten Technologien, Investitionshilfen für umweltverträgliche Lösungen und progressiv gestaffelte steuerliche Abgaben für Umweltbelastungen, das einklagbare Recht des Einzelnen auf eine gute **Lebensumwelt** und gegen eine Beeinträchtigung seiner Erwerbsgrundlagen durch Umweltschädigung haben sich als überlegen erwiesen.

- Die CDU tritt ein für effektive Lösungen der Umweltproblematik und für die Förderung aller privatwirtschaftlichen und kommunalen Lösungen.

Sie unterstützt die Schaffung von Arbeitsplätzen in Forschung und Praxis, die direkt und indirekt der Verbesserung unserer **Umweltbedingungen** dienen bis hin zur strukturellen Veränderung der Wirtschaft in zu sanierenden industriellen Krisengebieten zugunsten umweltfreundlicher mittelständischer Betriebe und des Handwerks. Land und Kommunen, Betriebe, Vereinigungen und jeder Einzelne sind gefordert, ihren Beitrag zu leisten.

- Entscheidende Rahmenbedingungen werden durch eine umweltgerechte **Raumordnung und Landschaftsplanung**, Stadt-Umlandplanung und Dorfplanung gesetzt. Dafür tritt die CDU ein auf Landesebene und in den Kommunen. Generell umzukehren ist die bisherige Tendenz zu großflächigem Land- und Naturverbrauch durch Bergbau und Siedlung. Notwendig ist die Rückführung von geschädigten Flächen in einen umweltgerechten Nutzungszustand.

- Rationelle **Verkehrslösungen** mit Trassenbündelung und Vermeidung der Zerschneidung hochwertiger Landschaften sind sinnvoll.
- Umweltgerechte **Stadtplanung** in Verbindung mit Innenstadtdurchgrünung und Aufwertung der Naherholungsgebiete soll lebenswerte Wohn- und Arbeitsumwelt und gute Bedingungen für Freizeitgestaltung und Erholung fördern.
- Die gegenwärtigen und künftigen Aufgaben bei der Realisierung der Umweltpolitik der CDU erfordern eine forcierte wissenschaftliche **Forschung** und die **Entwicklung** umweltverträglicher Technologien. Die CDU tritt ein für die dafür notwendige kräftige Förderung von grundlegender und angewandter Forschungskapazität im Land Sachsen-Anhalt.
- Mit der bevorstehenden Vereinigung Deutschlands gilt es, auch die **Umweltunion** zu verwirklichen. Mit dem Umweltrahmengesetz der DDR wurde der erste grundlegende Schritt dazu getan.
- Die CDU des Landes Sachsen-Anhalt tritt für eine offensive **Landes-Umweltgesetzgebung** auf der Basis des Verursacherprinzips und die Bekämpfung der Umweltkriminalität, für die strikte Anwendung des Prinzips der Umweltverträglichkeitsprüfung bei allen umweltrelevanten Planungs- und Entscheidungsprozessen und für die Entwicklung effektiver Umweltüberwachungssysteme ein.

Die CDU Sachsen-Anhalt unterstützt ausdrücklich die **Umweltinitiativen kirchlicher Gruppen** und von Bürgerbewegungen.

CDU - die Partei mit Kompetenz in weiten Bereichen

III. Die CDU Sachsen-Anhalt bekennt sich zum pluralistischen Gesellschaftsbild auch auf den Gebieten von Wissenschaft, Kunst und Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen sowie bei der Durchsetzung berechtigter Belange der Frauen, Kinder, Jugendlichen und unserer Senioren.

- Die CDU will, daß in Sachsen-Anhalt jeder Bürger als freie Persönlichkeit menschenwürdig leben und sich nach eigenen Vorstellungen entfalten kann.
- Die CDU tritt aber auch für die Rechte der Minderheiten und Randgruppen ein, wenn diese demokratische Gepflogenheiten zu achten bereit sind.

Für intaktes und wirkungsvolles Gesundheits- und Sozialwesen

Die gesundheitspolitische Zielstellung der CDU ist bestimmt von einem bürgernahen Gesundheitswesen, das ohne Rücksicht auf die finanzielle Situation jedem die Chance gibt, gesund zu bleiben oder zu werden bei freier Wahl des Arztes oder Krankenhauses und unter den Bedingungen freier Berufsausübung durch den Arzt.

Freiheit und Würde des Menschen sind Ausgang und Ziel aller medizinischen und sozialen Arbeit. Die Gesundheits- und Sozialpolitik muß vom ganzheitlichen Verständnis des Menschen ausgehen.

- Wir werden den Übergang von einem staatlichen, zentral geleiteten Gesundheitssystem zu einem Gesundheitswesen mit pluralistischen, dezentralen und freiheitlichen **Versorgungsstrukturen** sichern. Die Einheit von Vorbeugung, Therapie und Nachsorge ist Grundlage für eine vertrauensgestützte, patientenorientierte Behandlung. Sie muß durch erhöhte öffentliche Aufwendungen gefördert werden. Dabei gehen wir davon aus, daß christlich-demokratische Gesundheitspolitik auf der freien Entfaltung aller Potenzen der in der medizinischen Versorgung beschäftigten Berufsgruppen basiert.

Bei aller Notwendigkeit staatlicher und kommunaler Leitung und Koordination gilt der Grundsatz der weitgehenden Selbständigkeit und Eigenverantwortung.

- Die Freiheit des **Arztberufes** und das Recht der Bürger auf einen umfassenden, frei zugänglichen Gesundheitsschutz werden gewährleistet.

Jeder Bürger hat das gleiche Recht und den gleichen Anspruch auf bestmögliche **medizinische Betreuung**.

Deshalb ist der Übergang zu einem an dem Versorgungssystem der Bundesrepublik orientierten Gesundheitswesens erforderlich.

Unter diesen Aspekten tritt die CDU ein für:

- den Aufbau eines leistungsstarken Versorgungssystems in der ambulanten medizinischen Betreuung der Bevölkerung,
- die Zulassung privater Niederlassungen von Ärzten, Zahnärzten, Apothekern, Heilpraktikern und Physiotherapeuten als Rechtsanspruch,
- freie Arztwahl durch alle Patienten,
- ein stationäres Gesundheitswesen in verschiedenen Rechtsträgerschaften und Verwaltungsformen wie z. B. Krankenhäuser in Verwaltung des Landes, der Kommune und der Kirche, gemeinnützige Vereinigungen und private stationäre Einrichtungen,
- Auflösung der pharmazeutischen Zentren bis zum 30.6.91.
Die neue Strukturform ist die private Apotheke.
Das Netz der Apotheken ist zu erweitern.
- weitgehende Autonomie der medizinischen Hochschuleinrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt,
- eine volle Integration von älteren Bürgern, Behinderten, Pflegebedürftigen und sozial Schwachen in die Gemeinschaft, durch gesetzliche Regelungen ebenso wie durch die Mobilisierung freier Träger sowie der Bürgergemeinschaft in jedem Ort und Wohngebiet.

Für harmonische Ehen und Familien

Die familienpolitische Zielstellung der CDU ist bestimmt durch das von Gleichberechtigung und Gleichachtung geprägte Miteinander von Frau und Mann, von alt und jung in Familie, Beruf und Gesellschaft.

Die CDU setzt sich konsequent für intakte Ehen und Familien in Harmonie, für den Schutz und die soziale wie gesundheitliche Förderung von Mutter und Kind ein.

Das Augenmerk der CDU gilt vor allem:

- . der gesunden Entwicklung der Kinder in einer harmonischen Familie ohne soziale Sorgen,
- . allen staatlichen Maßnahmen sowie der Initiativen freier Träger und Bürgergemeinschaften zur Unterstützung der Familie und von Alleinerziehenden und des wirksamsten Einsatzes der dafür zur Verfügung stehenden materiellen und finanziellen Mittel,
- . einem ausreichenden Platzangebot in Kinderkrippen, Kindergärten und Horten zu erschwinglichen Kostensätzen für die Eltern.

Für selbstbewußte Jugend der Zukunft

Die jugendpolitische Zielstellung der CDU ist bestimmt von der noch nie dagewesenen Möglichkeit der Entwicklung in freier Selbstbestimmung.

Wir Christdemokraten werden die jungen Menschen anregen, ermutigen und befähigen, ihre Hoffnung auf eine bessere Zukunft umzusetzen.

Freiheit und Selbstverantwortung statt Dirigismus

- Im Gegensatz zur Hierarchie des ehemaligen SED-Staates muß jetzt das Prinzip der **solidarischen Eigenverantwortung** auch für die Jugend im Vordergrund stehen.

Christdemokratische Politik in unserem Land Sachsen-Anhalt muß sich deshalb vorrangig an den Bedürfnissen und Idealen der Jugend orientieren.

Wir unterstützen das Rahmenprogramm der Christlich-Demokratischen Jugend, das u.a. fordert:

- . ein verfassungsmäßig garantiertes Jugendverbandsgesetz, das allen demokratischen Jugendorganisationen gleichberechtigte Interessenwahrnehmungen sichert,
- . die Herauslösung der Kinder- und Jugendverbände sowie der Jugendweihe aus allen Bildungseinrichtungen und -institutionen sowie deren Verlagerung in den Freizeitbereich.
- Die CDU Sachsen-Anhalt will den Jugendlichen ihr Hineinwachsen in die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten durch ihre Politik erleichtern. Wir fordern deshalb, daß das Land dafür Sorge trägt, daß die vielfältigen Aktivitäten von **Jugendverbänden** und **-vereinen**, freien Trägern und Kirchen, bei Wahrung ihrer Selbständigkeit von der Landesregierung unterstützt und gefördert werden.

Konsequent wird sich eine von der CDU geführte Landesregierung für den freien Zugang zu allen Bildungsstätten einsetzen.

- Die CDU Sachsen-Anhalt tritt entschieden für **Toleranz** gegenüber Andersdenkenden, besonders unter der Jugend, ein und wird sich in der Regierungsverantwortung gegen ein Abgleiten junger Menschen zum Links- oder Rechtsradikalismus ebenso einsetzen, wie für deren Achtung des anderen Geschlechts, anderer Rassen oder Weltanschauungen.

Wir stimmen deshalb mit der CDJ/Jungen Union Sachsen-Anhalt im Hinblick auf das Wirken überparteilicher demokratischer Jugendringe in den Kreisen und Orten unseres Landes überein.

Vielseitige, verantwortungsbewußte Freizeitgestaltung

- Eine künftige CDU-Landesregierung Sachsen-Anhalt wird sich für ein **breites Freizeitangebot** an die Jugend einsetzen und dazu sowohl bestehende Jugend- und Studentenfreizeitzentren, wie auch Jugendherbergen und -häuser in den Städten und Gemeinden erhalten und diese weiter ausbauen.
- Wir sind für eine breite **Begegnung der Generationen**, um einander besser kennen- und verstehen zu lernen.
- Die CDU Sachsen-Anhalt tritt ein für eine umfassende **Teilnahme** junger Bürger an der demokratischen **Selbstverwaltung** von Sachsen-Anhalt, seiner Kreise, Städte und Gemeinden.

Für einen freiheitlich-demokratischen Sport

Unverzichtbarer Bestandteil eines kulturvollen Lebens, nicht nur für die Jugend, ist die freie Entwicklung des Sports. Er soll künftig unter dem Leitwort stehen: Gesundheit und Gemeinschaft - statt Drill und Dressur!

- Die CDU ist überzeugt von der umfassenden Bedeutung, besonders des **Breitensports**, für die Gesundheit der Bürger ebenso, wie von der Förderung des **Gemeinschaftsgedankens** durch sportliche Betätigung. Dies ist vor allem in Sportklubs und -verbänden auf freiwilliger Organisationsgrundlage möglich.
Neben dem Breitensport, der für uns Vorrang hat, werden wir auch den Kinder- und Jugendsport, den Senioren- und Versehrtensport, aber auch den Leistungssport in die Förderung durch christdemokratische Politik in Sachsen-Anhalt einbeziehen.
- Die CDU Sachsen-Anhalt tritt ein für die Schaffung eines **Sportförderungsgesetzes**, das die Autonomie der Sportverbände garantiert und deren Finanzierung, neben der Aktivierung von Sponsoren aber auch durch Abgaben aus der Genußmittelsteuer, sicherstellen soll.
- Wir fordern alle Sportverbände und Kommunen, aber auch Betriebe und Bildungseinrichtungen auf, vorhandene Sportstätten und **Trainingszentren** zu erhalten und sie allen interessierten Bürgern für eine breite Nutzung zur Verfügung zu stellen.
- Die CDU Sachsen-Anhalt wird sich in der Regierungsverantwortung dafür einsetzen, daß die Betriebe auch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen, die ihnen territorial nahestehenden Sportvereine und **Sporteinrichtungen sponsern**. Das schließt die soziale Mitverantwortung gegenüber den Mitarbeitern, die als ehrenamtliche Trainer tätig sind oder sich dem Leistungssport zur Verfügung stellen, ein.

Die CDU in Sachsen-Anhalt hat sich das Ziel gestellt, einen Beitrag zum Aufbau eines modern gegliederten, differenzierten und leistungsorientierten Bildungssystems in Sachsen-Anhalt zu erbringen, welches den geistigen Grundlagen unserer humanistischen Kultur entspricht und einen wesentlichen Bestandteil des zu schaffenden freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens in einem sich einigenden Europa darstellt.

Dieses Ziel erfordert die konsequente Ablösung der von der SED geschaffenen und reglementierten "Einheitsschule". Dabei gilt es, Bewährtes, wie die verschiedenen Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche, Elemente des polytechnischen Unterrichts, das duale System der beruflichen Bildung u.a.m., in geeigneter Form in das neue demokratische Bildungswesen zu übernehmen.

- Die Bewältigung der Zukunftsaufgaben erfordert Schulen, in denen eine umfassende und **grundlegende Allgemeinbildung** vermittelt wird. Nur ein reich gegliedertes und möglichst durchlässiges System von Schulen und beruflicher Bildung ist in der Lage, der Vielfalt der Anlagen des Einzelnen und der notwendig zunehmenden beruflichen Differenzierung zu genügen.
- Eltern und Alleinerziehenden wird das Recht zurückgegeben, wieder allein über den **Bildungsweg** ihrer Kinder zu entscheiden.
- Das neue Schulsystem ist eine notwendige Voraussetzung für die Erfüllung des Grundrechts auf die **freie Entfaltung** der Persönlichkeit jedes einzelnen.

Gegen das Monopol nur einer Schulform

Die CDU in Sachsen-Anhalt tritt ein für ein modernes, gegliedertes, leistungsorientiertes Schulwesen.

Durchsetzung des Rechts auf Bildung für alle:

Soviel Integration wie möglich - so wenig Sonderschulen wie nötig.

Die CDU tritt ein für:

- . Modelle gemeinsamer Kindertagesstätten,
- . Schulmodelle eines gemeinsamen Unterrichts für behinderte und nichtbehinderte Kinder,
- . für den Ausbau der Fördereinrichtungen für Kinder mit Schwerst- und Mehrfachschäden,
- . den Ausbau der Hilfsschulen zu Schulen für Lernbehinderte und für den Ausbau der bisherigen Fördereinrichtungen zu Schulen für geistig Behinderte,
- . erweiterte Möglichkeiten der beruflichen Ausbildung von Behinderten.

Wir setzen uns ein für:

- . eine gemeinsame Schulbildung in den ersten 6 Schuljahren mit variablen Möglichkeiten der Förderung spezifischer **Begabungen** aber auch der Integration und Förderung leistungsschwacher und behinderter Kinder,
- . eine differenzierte Aufbaustufe mit Realabschluß nach der 10. Klasse oder Hauptschulabschluß nach der 10. bzw. auch nach der 9. Klasse,
- . eine Gymnasialstufe mit Abitur am Ende der 12. Klasse,
- . eine schulische Betreuung behinderter Kinder und Jugendlicher, die ihrem individuellen Bildungsbedarf angepaßt ist,
- . den Erhalt und den Ausbau der Schulbildung an Spezialschulen.

Betreuungsangebote auch im Schulalter

Entsprechend den Prinzipien für die Betreuung und Erziehung der Kinder im Vorschulalter tritt die CDU auch ein für ein differenziertes Angebot für den betreuten Aufenthalt, die Versorgung und die unterrichtsbegleitende Betreuung der Kinder während der unterrichtsfreien Tageszeit.

Hier sind die bestehenden Formen zu sichern und weitere Einrichtungen in freier Trägerschaft zu entwickeln.

Berufsbildung - Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt

Die CDU tritt ein für ein differenziertes, eigenständiges und durchlässiges System der beruflichen Bildung.

Eine umfassende berufliche Bildung ist eine wichtige Bedingung für die gesamtstaatliche ökonomische Entwicklung und Voraussetzung dafür, am europäischen Markt zu bestehen.

Hochschulen - Freiheit für Lehre , Forschung und Studium

Die CDU erklärt:

- Für die Hochschulen als höchste Bildungseinrichtungen unseres Landes sind ihre Autonomie und ihre **Freiheit in Lehre, Forschung und Studium** oberste Prinzipien.
Die Wiederherstellung dieser Prinzipien erfordert die konsequente Ablösung der mit den "Hochschulreformen" des SED-geleiteten Staates geschaffenen zentralistischen Strukturen.
- Wir wollen die angemessene **Förderung der Hochschulen** sowie die Auflösung fachlicher und politischer nicht mehr tragfähiger Strukturen sowie die Entwicklung neuer, für die Zukunft notwendiger Lehr- und Fachgebiete.

Mit einer neu zu schaffenden Berufsordnung ist zugleich eine Wiedergutmachung an bisher diskriminierte Wissenschaftler zu leisten.

- Die Hochschulen haben Sorge dafür zu tragen, daß die Absolventen beim Wettbewerb auf dem Berufsmarkt konkurrenzfähig sind.
Dafür muß eine Neustrukturierung der **Studiengänge** erfolgen.
- Die CDU Sachsen-Anhalt tritt ein für die Freiheit der **individuellen Entwicklung** der Studierenden.
Studenten sollen während der Regelstudienzeit eine angemessene und leistungsstimulierende finanzielle und soziale Unterstützung erhalten.

Die CDU in Sachsen-Anhalt will, daß Sachsen-Anhalt ein lebendiges Kulturland ist.

- Sachsen-Anhalt soll aufblühen und durch ein Klima geistiger **Freiheit und Kreativität** geprägt sein.
- Die Förderung von Kunst und Kultur betrachten wir als eine der zentralen Aufgaben im Land Sachsen-Anhalt. Dabei geht es um ein ungehindertes kulturelles und künstlerisches Schaffen, **frei von jeder Reglementierung** und offen für alle.

Kulturarbeit im Land Sachsen-Anhalt ist für uns Arbeit für alle, mit allen, ohne Ausgrenzungen.

- Die Mitglieder der CDU sehen es als eine besondere Verpflichtung an, **kirchliche Traditionen und Kulturformen** als einen mehr als tausendjährigen Bestandteil unserer Kulturlandschaft besonders zu fördern.

Schwerpunkte mit besonderer Bedeutung für das ganze Land sind:

- . Erarbeitung von Gesetzen für den Landschafts- und Kulturschutz,
- . die Nichtzulassung des Verkaufs von kulturhistorischen Gütern,
- . ein strenger Schutz von Denkmalen, Bodendenkmalen und Naturdenkmalen,
- . die Einrichtung und Unterhaltung von Werkstätten zur Restaurierung und Werterhaltung von Kulturgut,
- . die Förderung des Vereinswesens und der Zirkeltätigkeit von Bürgerinitiativen und Interessengemeinschaften,
- . die Förderung öffentlich rechtlicher und Zulassung privater Kulturstätten aller Art, die eine niveauvolle Freizeitgestaltung und Bildung für die Menschen im Land Sachsen-Anhalt bieten.

Werte Bürger Sachsen-Anhalts!

Dieses Wahlprogramm der CDU kann natürlich nur einige wichtige Hauptziele künftiger christlich-demokratischer Regierungspolitik in unserem Land umreißen.

Weitere und detaillierte Informationen über die Vorstellungen der CDU zur Entwicklung Sachsen-Anhalts als gute Heimstatt seiner Bürger können Sie jederzeit durch unsere Kreisgeschäftsstellen sowie durch den Besuch der Wahlveranstaltungen der CDU in der Zeit vom 1. September bis 12. Oktober 1990 erhalten.

Beachten Sie bitte dazu die örtlichen Ankündigungen von CDU-Wahlveranstaltungen.

Wir sind sicher, daß Sie sehr bald erkennen werden:

Ihre beiden Wählerstimmen am 14. Oktober

gehören der

C D U !

Redaktionsschluß am 14.8.1990